

KORNWESTHEIMER ZEITUNG

Amtsblatt
der Großen Kreisstadt Kornwestheim
Amtliches Bekanntmachungsorgan
des Landkreises Ludwigsburg



Nummer 212 · 37. Woche · 73. Jahrgang · KO

Donnerstag, 13. September 2018

€ 1,90 · E1346 A

Kornwestheim

Zwei Unbekannte rauben auf einem Feldweg einen 21-Jährigen aus

► Seite I

Kornwestheim



Foto: z

Die katholische Kirche will nach den Überflutungen im indischen Kerala helfen

► Seite III

Die Seite Drei

Um sich zu wappnen, übt die Polizei kriegerische Szenen mitten in Stuttgart: Was hat das für Folgen?

► Seite 3

Wissenswert

Deshalb wird Efeu an Hauswänden zu Unrecht verteuert

► Seite 36

KINDER-NACHRICHTEN

Vom Weltall aus sieht man, dass es in der Schweiz immer mehr schneefreie Gebiete gibt

► Seite 5

Inhalt

Politik	2 – 4
Landesnachrichten	5 – 6
Panorama	7 – 8
Wirtschaft	9 – 12
Kultur/Kino	16 – 18
Stuttgart und Region	19 – 22/25 – 26
Fernsehprogramm	23
Veranstaltungen	23 – 24/31 – 34
Notdienste	24
Impressum	25
Sport	27 – 30
Gewinnzahlen/-quoten	28
Familienseite	35
Wissenswert	36

Wetter



Mittags 25°
Nachts 14°
Sonne, Bewölkung,
Schauer und Gewitter

Die Kornwestheimer Zeitung ist eine lokale Ausgabe der Stuttgarter Nachrichten
Zeitungsverlag Kornwestheim GmbH & Co. KG
Bahnhofstraße 5, 70806 Kornwestheim
Siehe lokales Impressum auf Seite II



4 190406 301903

Mit eigener Kraft



Die Freiheit über den Wolken ist bekanntlich grenzenlos. Aber wie dorthin kommen mit einem Segelflugzeug, wenn weder eine Seilwinde noch ein Flugzeugschlepper zur Verfügung

stehen? Der auf dem Flugplatz Pattonville heimische LSV Hohenasperg hat sich einen Flieger angeschafft, der aus eigener Kraft abheben kann – und zwar mit Hilfe

eines Motors, der von Akkus gespeist wird. Am Samstag wird das Flugzeug beim Tag der offenen Tür getauft. Foto: Horst Dömötör

► Seite I

Kassen sollen Homöopathie nicht mehr bezahlen

Spitzengremium fordert Wirkungsnachweis – CDU: Apothekenpflicht abschaffen

Homöopathische Mittel können ihre Wirksamkeit nicht nachweisen, heißt es. Was aber folgt daraus? Die schwarz-rote Koalition steht vor einer gesundheitspolitischen Großdebatte.

VON NORBERT WALLET

BERLIN. Gesundheitspolitiker der Koalition und Spitzenvertreter des Gesundheitswesens nehmen die Homöopathie ins Visier. Im Zentrum der Kritik stehen die Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen, die Apothekenpflicht für homöopathische Medikamente und die angeblich mangelnde Qualifikation von Heilpraktikern

und Homöopathen. Josef Hecken, Chef des Spitzengremiums der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, sagte unserer Zeitung: „Versicherte müssen sich verlassen können, dass die Kassen nur bezahlen, was einen Wirkungsnachweis erbracht hat.“ Er fordert „die Streichung der Homöopathie aus den Satzungsleistungen der Kassen, also den freiwilligen Leistungen“.

Hecken sieht auch „keinen Grund für die Apothekenpflicht“. Sie suggeriere, „dass es sich um Produkte mit erwiesener Wirksamkeit handelt, die einer Beratung bedürften“. Tatsächlich aber läge die medizinische Evidenz homöopathischer Produkte „auf dem Niveau von Brausetabletten und Nahrungsergänzungsmitteln“. Für beide Forderungen gibt es Unterstützung aus der Politik. „Die

Apothekenpflicht kann abgeschafft werden“, sagte Mechthild Heil, Verbraucherschutzbeauftragte der Unionsfraktion unserer Zeitung. Die CDU-Gesundheitspolitikerin Claudia Schmittke pflichtet ihr bei: „Wenn die Kassen einen wissenschaftlichen Nutzen nachweisen können, darf es eine Erstattung geben. Sonst nicht.“

SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach sagte unserer Zeitung: „Als Arzt halte ich die Homöopathie für völlig wirkungslos. Ich wünsche den Kollegen der Union bei diesem Waffengang viel Erfolg.“ Der CDU-Gesundheitspolitiker Stephan Pilzinger schlug eine „eigene Ausbildungsverordnung für Homöopathen und Heilpraktiker“ vor.

► Kommentar
► Seite 2

Wirbel um hohe Abfindung für früheren Klinikchef

STUTTGART (ury). Die seit Längerem umstrittene Abfindungszahlung an den früheren Geschäftsführer des Stuttgarter Klinikums, Ralf-Michael Schmitz, verursacht erneut Aufregung. Nach einem Medienbericht habe dieser nicht 900 000 Euro erhalten, sondern bis zu zwei Millionen Euro.

Krankenhausbürgermeister Michael Föll (CDU) wies die Darstellung zurück. Die vereinbarte Pensionszahlung an Schmitz sei nicht, wie behauptet, mit dem Aufhebungsvertrag von jährlich 100 000 auf 160 000 Euro erhöht worden. Der Betrag habe Schmitz bereits seit 2008 vertraglich zugestanden. Die Stadt hatte sich 2016 wegen des Skandals um die Auslandsabteilung des Klinikums von Schmitz getrennt. Der Staatsanwalt ermittelt wegen Beihilfe zur Untreue.

► Stuttgart und Region Seite 19

Sommer für alle

Deutschland steht eine Uhrabstimmung bevor. Im März 2019 sollen laut EU die Uhren europaweit ein letztes Mal auf Sommerzeit gestellt werden. Danach darf jeder Mitgliedstaat machen, was er will. Aber was will Deutschland? Ärzte und Psychologen raten, im Herbst 2019 für immer zur Winterzeit zurückzukehren, weil die für unseren Schlaf-wach-Rhythmus am besten sei. Eine ewige Sommerzeit, sagen sie, würde uns vor allem im Winter träge und blödmachen – mit bösen Folgen: Wir hätten nicht nur hohe Staatsschulden, sondern auch noch ein Schlafdefizit. Aber wen interessieren schon Fakten? Der Sommer hat ein so viel besseres Image als der Winter – wir ahnen daher schon, wie die Abstimmung ausgehen wird. (rai)

► Seite 8

Seehofer will Maaßen im Amt belassen

BERLIN (StN). Innenminister Horst Seehofer (CSU) stellt sich trotz der umstrittenen Aussagen von Hans-Georg Maaßen zu Chemnitz hinter den Verfassungsschutzpräsidenten. Nach einer Sondersitzung des Bundestagsinnenausschusses erklärte er am Mittwochabend, Maaßen bedauere seine Darstellung. Er begrüße das und sehe keinen Grund für personelle Konsequenzen. Seehofer und Maaßen waren im Ausschuss befragt worden. Der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster hatte bereits zuvor nach einer Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das Maaßen auch befragt hatte, Entlassforderungen zurückgewiesen. Dagegen sagte die SPD-Politikerin Eva Högl, ihre Partei habe „starke Zweifel“, ob Maaßen der richtige Mann auf seinem wichtigen Posten sei.

► Seite 2

Sonntagsfrage: Südwest-SPD rutscht weiter ab

Ministerpräsident Kretschmann sehr beliebt – Grüne mit geringen Verlusten

STUTTGART (StN). Wäre am Sonntag Landtagswahl in Baden-Württemberg, kämen die Grünen auf 29 Prozent. Das sind 1,3 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl 2016. Die CDU läge bei 28 Prozent und damit einen Punkt besser als 2016, aber immer noch nur auf dem zweiten Platz. Die SPD würde ihr schlechtes Ergebnis von 12,7 Prozent im Jahr 2016 unterbieten: Sie kommt bei der Sonntagsfrage auf 11 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Instituts Infratest dimap im Auftrag von Stuttgarter Zeitung und SWR.

Die AfD steht laut der Umfrage momentan bei 15 Prozent (2016: 15,1 Prozent), die FDP bei 7 Prozent (8,3 Prozent). Die Linke wäre – im Gegensatz zu heute – mit ebenfalls 7 Prozent im Landtag (2,9 Prozent).

Könnten die Baden-Württemberger den Regierungschef direkt wählen, würden sich 67 Prozent für Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und 14 Prozent für den Vize Thomas Strobl (CDU) entscheiden.

► Landesnachrichten Seite 5

Kommentar

Glaubenskrieg

Niemand will die Homöopathie verdammen – aber wo ist ihr Platz?

VON NORBERT WALLET

Die Debatte über die Homöopathie, die da von Josef Hecken, dem Chef des obersten Organs der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, und einigen Politikern der Koalition losgetreten wurde, dürfte so schnell nicht abflauen. Deshalb ist es nicht verkehrt, an ihren Anfang die Warnung zu stellen, eine notwendige Sachdiskussion nicht mit einem Glaubenskrieg zu verwechseln.

Der Hinweis ist angebracht, denn auf beiden Seiten des Tisches sitzen nicht nur, aber eben auch Verteidiger der reinen Lehre: Hier Schulmediziner, die homöopathische Methoden für puren Hokusfokus halten, dort Alternativmediziner, die aus der Homöopathie gleich eine ganze Weltanschauung destillieren. Beides tut dem Gesprächsklima nicht gerade gut. Darum ist es nützlich festzuhalten, worum es nicht geht: Weder will irgendjemand Herstellern homöopathischer Mittel ihr Geschäftsmodell nehmen, noch soll den Anhängern der Homöopathie der Zugang zu Medikamenten und Mitteln ihrer Wahl verwehrt werden. Gesucht ist nur der richtige Ort für die Homöopathie.

Schulmedizinische Medikamente müssen, um zugelassen zu werden, einen weiten Weg zurücklegen und in medizinischen Studien ihre Wirksamkeit nachweisen. Die Anforderungen sind hoch. Man mag es drehen und wenden, aber die Homöopathie kann diesen Wirksamkeitsnachweis nicht, jedenfalls sicher nicht auf gleiche Weise erbringen. Ist es dann richtig, dass Krankenkassen – wenn auch auf freiwilliger Basis – Kosten übernehmen? Sie müssen mit Versicherungsgeldern verantwortungsvoll umgehen. Deshalb haben sie die Pflicht, Anforderungen zu definieren. Um den Nachweis einer Wirksamkeit eines Medikaments wird man da kaum herumkommen. Dem muss sich die Homöopathie stellen.

norbert.wallet@stzn.de

Neuer Streit über Sex-Unterricht in der Schule

„Demo für alle“ will an diesem Freitag in Stuttgart mehr Zurückhaltung bei Aufklärung fordern – Breites Bündnis protestiert dagegen

VON RAINER WEHAUS

STUTTGART. Die Frage, wie Kinder in der Schule über Sex aufgeklärt werden sollen, erhitzt weiter die Gemüter. Am Freitag will das Aktionsbündnis „Demo für alle“ von 15 Uhr an auf dem Stuttgarter Marktplatz vom Land erneut mehr Zurückhaltung in dieser Frage fordern – insbesondere bei homosexuellen Praktiken. „Wir wehren uns dagegen, diese Sexualpraktiken in der Schule als gleichwertig mit dem Akt zwischen Mann

und Frau in der Ehe darzustellen“, sagte die Anführerin des Bündnisses, Hedwig von Beverfoerde, unserer Zeitung.

Zwar werde das Thema sexuelle Vielfalt unter CDU-Kultusministerin Susanne Eisenmann nach dem Streit über den Bildungsplan nicht mehr so vorangetrieben wie unter der grün-roten Vorgängerregierung. Es gebe aber noch Grenzüberschreitungen. Diese Behauptung wird vom Kultusministerium ebenso zurückgewiesen wie von den zahlreichen Kritikern des Bündnisses.

Die geplante Gegendemo hat sich zu einer Großkundgebung auf dem Karlsplatz ausgewachsen, auf der unter anderem OB Fritz Kuhn (Grüne) reden wird. Die Veranstalter rechnen mit mindestens 1000 Teilnehmern.

Der orangefarbene Bus der „Demo für alle“ wird mit zehn bis zwölf Aktivisten an Bord vorfahren. Man hofft vor Ort auf 50 bis 100 Gleichgesinnte.

Die Polizei will mit einem Großaufgebot versuchen, beide Lager getrennt zu halten. In den letzten Jahren kam es im Rahmen der

„Demo für alle“ immer mal wieder zu Ausschreitungen von Linksextremisten.

Die Gegendemo richtet sich auch gegen Fremdenhass. Die „Demo für alle“ bestreitet allerdings, mit Rechtsradikalen gemeinsame Sache zu machen. Durch den Flüchtlingszustrom habe sich die Gesellschaft komplett polarisiert, so von Beverfoerde. „Es ist irreführend, wie wir jetzt in einen Topf mit anderen geschmissen werden, obwohl unser Thema damit überhaupt nichts zu tun hat.“

► Stuttgart und Region Seite 20